

# Tierärztliche Versorgung steht auf der Kippe

Angebot für Landwirtschaft und Nutztiere könnte verlorengehen.

**SCHWARZACH** Es komme wie das Amen im Gebet. Davon ist Robert Griss, Präsident der Tierärztekammer in Vorarlberg, überzeugt. „Wir werden die tierärztliche Versorgung im landwirtschaftlichen Bereich verlieren.“ Auch Agrarlandesrat Christian Gantner (ÖVP) erklärt, dass wir „mittelfristig zu wenig Großtierpraktiker haben“, also jene Tierärzte, die sich etwa um Kühe oder Pferde kümmern. Zwar gäbe es genügend Fachkräfte, sagt Griss. Mit Blick auf Arbeitsbedingungen und -pensum betont er aber: „Es will kein Tierarzt mehr in die Landwirtschaft, in die Nutztierpraxis einsteigen.“ Er fordert finanzielle Unterstützung.

## 37 Praxen

In den vergangenen Jahren öffneten in Vorarlberg nur wenige neue Tierarztpraxen, wengleich ausreichend Absolventen der Veterinärmedizin gezählt werden. Die wenigen Praxen, die neudazugekommen sind, widmen sich dem Kleintierbereich, erklärt Gantner in einer Anfragebeantwortung. „Neue Großtierpraxen sind in den letzten Jahren eigentlich keine mehr dazu gekommen, allerdings konnten zumindest die vorhandenen Praxisgemeinschaften von Großtierärzten neue Mitarbeitende dazugewinnen.“ Insgesamt gibt es in Vorarlberg 37 Tierarztpraxen und Tierkliniken mit 71 Tierärzten - davon acht Großtierpraxen mit acht Ärzten sowie 16 gemischte Groß- und Kleintierpraxen mit 30 Ärzten. Bis zum heutigen Tag sei Vorarlberg also gut versorgt, sagt Gantner. „Allerdings gibt auch bei den Tierärztinnen und -ärzten das Problem, dass mittelfristig ein großer Teil in den Ruhe-



Mittelfristig wird es weniger Großtierpraktiker geben, die sich unter anderem auch um Kühe kümmern.



„Für drei bis vier Besuche ist ein Kollege acht bis zehn Stunden unterwegs.“

Robert Griss  
Tierärztekammer

stand übertreten wird.“

Darauf macht auch Robert Griss aufmerksam. „Das Durchschnittsalter der Kollegen im Nutztierbereich liegt bei 58, 59 Jahren.“ Es kündigten sich viele Pensionen an, was vor allem in den Talschaften und abgelegeneren Bauernhöfen folgenreich wäre: „Wer soll sich dann um sie kümmern?“ Dabei gehe es nicht nur um das Tierwohl, sondern auch um Lebensmittelsicherheit. „Es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem.“ Die Tierärzte seien wichtige Partner für die Bauern, sagt auch Gantner. „Nur gesunde Tiere sind der Ursprung gesunder regionaler Produkte.“

Griss ortet vor allem Nachholbedarf bei der Entlohnung. „Das kann man attraktiver gestalten“, vor allem, wenn es um Wochenenddienste und Nacharbeit gehe. „Die Kollegen im Nutztierbereich arbeiten eigentlich 360 Tage im Jahr, oft zehn bis zwölf Stunden pro Tag.“ Sich die Dienste aufzuteilen

sei schwierig, Anstellungen weiterer Tierärzte in der eigenen Praxis kaum leistbar. Es brauche finanzielle Zuschüsse. Diesbezüglich befinde man sich mit Land und Landwirtschaftskammer im Austausch. „Festes Ziel ist, dass es bis Oktober eine Entscheidung geben muss.“

## Keine Kostenwahrheit

Gantner ist zuversichtlich, dass „wir eine gute und nachhaltige Lösung finden.“ Man denke über mehrere Ansätze nach. So könnten etwa Gemeinschaftspraxen finanziell unterstützt werden. Überlegungen deuteten auch in Richtung Stipendien für Veterinärmediziner. „Die große Stoßrichtung muss sein, dass wir mehr Geld aus öffentlichen Mitteln in das System reinbringen.“ Attraktivere Rahmenbedingungen seien ausschlaggebend, zumal die Zahl der Bauern sinke und die Tierärzte für immer weniger Aufträge immer weitere Strecken zurücklegen müssten. „Für drei bis vier Besuche ist ein Kollege acht bis zehn Stunden unterwegs“, rechnet Griss vor. „Wir können das gar nicht in Rechnung stellen, weil auch Landwirte und Bauern immer weniger verdienen.“ So würden Preise bei Milch oder Fleisch zunehmend gedrückt. Die Kostenwahrheit gehe verloren. **VN-EBI**

# Drohnen über Krim und Gefahr für AKW

Fluggeräte über anneklierter Halbinsel von Russland abgeschossen.

**KIEW** Die 2014 von Russland annektierte Krim wird als Aufmarschgebiet für die in der Südukraine angreifenden russischen Truppen immer unsicherer. Nach den verheerenden Explosionen der vergangenen Tage auf der Halbinsel schossen die Russen angeblich an zwei strategisch wichtigen Orten Drohnen ab. Beobachter schlossen nicht aus, dass die Ukrainer vor neuen Angriffen damit die russische Luftabwehr testen wollten. Im russischen Gebiet Belgorod nördlich der Ukraine brannte ein Munitionsdepot aus. Die Ukraine machte auch am Freitag keine Angaben zu den Angriffen.

Die russische Luftabwehr sei beim größten Militärflugplatz der Krim, Belbek bei Sewastopol, aktiv geworden, teilte der örtliche Gouverneur Michail Raswoschajew mit. Ebenso waren Flugabwehrfeuer und Explosionen über der Stadt Kertsch zu hören. Auch dort sei eine Drohne abgeschossen wor-



Das Kraftwerk Saporischschja wurde im März von russischen Streitkräften eingenommen. Es liegt im Süden der Ukraine.

den. Bei Kertsch verbindet eine erst 2019 eröffnete Straßen- und Eisenbahnbrücke die Krim mit dem russischen Festland.

## Explosive Lage bei Atomkraftwerk

Trotz der Vermittlungsbemühungen unter anderem durch UN-Generalsekretär António Guterres und den türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan spitzte sich die Lage in und um das von russischen Truppen besetzte Atomkraftwerk

Saporischschja im Süden der Ukraine weiter zu. Russland und die Ukraine beschuldigten sich gegenseitig, einen Anschlag zu planen. Guterres sprach sich erneut für eine Entmilitarisierung des Kraftwerks und seiner Umgebung aus. Die Ukraine forderte den Abzug der Russen. Moskau lehnt beides ab. Russland warnte indes erneut vor einer Katastrophe. Das ukrainische Militär beschiesse das AKW mit von den USA gelieferten Waffen.



**Kommentar**  
Johannes Huber

## Volkspension

Die Mindestpension beträgt 1030,49 Euro pro Monat. Schon zu Jahresbeginn war es schwer, damit über die Runden zu kommen. Eine Waschmaschine oder ein Kühlschrank durfte nicht kaputtgehen. Seither ist es für sehr viele Betroffene unmöglich

„Irgendwann gibt es für alle gleich viel, unabhängig von den eingezahlten Beiträgen.“

geworden, das Auslangen zu finden. Die Inflationsrate steigt und ist fast schon zweistellig. Es ist daher notwendig, zu einem vollen Teuerungsausgleich zu schreiten - jedenfalls bei kleinen, aber auch durchschnittlichen Pensionen, die nur etwa 1500 Euro betragen.

Darüber hinaus ist eine offene Aussprache überfällig. Erstens: Der Staat ist in unendlich vielen Bereichen gezwungen, sehr viel Geld „in die Hand zu nehmen“. Im Gesundheitswesen, bei der Pflege, beim Bundesheer und eben auch zur Abfederung von Preissteigerungen. Sie setzen besonders Älteren, aber zum Beispiel auch Kindern zu, die österreichweit sogar die Gruppe bilden, die am stärksten armutsgefährdet ist. All diese Herausforderungen gehören aufgelistet. Zweitens: Wo kann gespart werden? Aber ernsthaft! Bisherige Ansagen, wie die „Verwaltungs- und Sozialversicherungsmilliarden“ im Zuge der Zusammenlegung einiger Sozialversicherungen, haben sich als dreiste Lügen erwiesen. Drittens: Wie können die Herausforderungen finanziert werden? Auch da hat man sich in der Vergangenheit etwas vorgemacht. Zusätzliche

Ausgaben wurden nicht zuletzt über das Wirtschaftswachstum bewältigt. Seit 2020 weiß man jedoch, dass das keine unendliche Geschichte ist, sondern dass es durchaus dramatische Einbrüche geben kann. Jetzt lernt man dazu, dass eine nachhaltige Erholung ungewiss ist. Erinnerungen an ein Pyramidenspiel werden wach: Man muss damit rechnen, dass irgendwann Schluss ist.

Bei den Pensionen ist es zusätzlich Zeit für eine Systemdebatte: Zehn Prozent mehr für alle werden sich nicht ausgehen. Selbst wenn man die Parteienförderung und alle Politikerbezüge mehrfach abschaffen würde. Es wird daher zu sozial gestaffelten Pensionserhöhungen kommen. Das läuft auf einen Wertverlust bei überdurchschnittlichen Pensionen hinaus. Im Kern ist das jedoch nichts neues: Seit Jahren gehen Regierungen nach diesem Muster vor. Bisher eher aus Populismus gegenüber einer Masse heraus, die im Alter wenig hat, jetzt aufgrund purer Not.

Im Ergebnis geht's Richtung Volkspension: Irgendwann gibt es für alle gleich viel, unabhängig von den eingezahlten Beiträgen. An dieser Entwicklung haben sich viele beteiligt, Sozialdemokraten genauso wie Blaue und Türkise, die in Wahlreden behaupten, dass sich Leistung lohnen müsse. Doch das war auch nur so ein Märchen.

**JOHANNES HUBER**  
johannes.huber@vn.at

Johannes Huber betreibt die Seite dieSubstanz.at - Analysen und Hintergründe zur Politik.

## Direktoren äußern Skepsis

**WIEN** Seit der Abschaffung der Quarantäne dürfen symptomlose Coronainfizierte mit FFP2-Maske zur Arbeit gehen. Bildungsminister Martin Polaschek (ÖVP) will, dass das auch an den Schulen gilt. Die Lehrgewerkschaft kritisiert das. Mehrere Länder haben angekündigt, an Pflichtschulen kein coronapositives Personal einzusetzen. Auch die Bundesschuldirektoren

sehen den Einsatz infizierter Pädagogen skeptisch, die entscheidende Frage sei die künftige Teststrategie. Für Isabella Zins, Sprecherin der AHS-Direktoren, ist die Vorgabe „noch nicht ganz ausgereift“. Denn um bewusst coronapositive Lehrerinnen oder Lehrer mit Maske unterrichten lassen zu können, müsste man überhaupt einmal wissen, dass jemand infiziert sei.

## KARIKATUR

### Einkaufserlebnis!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT